

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

55. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. Januar 2007, 10:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Anette Langner (SPD)

in Vertretung von Birgit Herdejürgen

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

in Vertretung von Holger Astrup

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Finanzministers über den vorläufigen Haushaltsabschluss 2006	4
2. Bericht über die Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/775	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/935	
4. Öffentliche Äußerungen über Nachforderungen der NOB auf der Bahnstrecke Hamburg-Westerland	8
5. Information/Kenntnisnahme	9
6. Verschiedenes	12
7. Bericht des Innenministeriums zur Einführung des Digitalfunks	13
Vertraulicher Umdruck 16/1684 (nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 GeschO)	

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Finanzministers über den vorläufigen Haushaltsabschluss 2006

M Wiegard berichtet, das Land habe im Jahr 2006 513 Millionen € mehr Steuern eingenommen (im Wesentlichen bei der Körperschaftsteuer, der Einkommensteuer und der Einfuhrumsatzsteuer) und 190 Millionen € weniger ausgegeben als geplant (im Wesentlichen bei Personal, Sozialhilfe und Zinsen). Damit habe die Neuverschuldung im Haushaltsvollzug von geplanten 1,562 Milliarden € auf 855 Millionen € gesenkt werden können. Um den Kommunen den ihnen zustehenden Anteil an den Mehreinnahmen frühzeitig auszahlen zu können, bilde man aus den Steuermehreinnahmen 2006 eine Rücklage von 30 Millionen €.

Wenngleich der Jahresabschluss und die Entwicklung der Steuereinnahmen unerwartet günstig ausfielen, sei der Haushalt des Landes noch nicht gesund: Die Schuldenaufnahme liege immer noch um etwa 400 Millionen € über der zulässigen Verfassungsgrenze. Ziel der Landesregierung bleibe es, schnellstmöglich zu einem verfassungskonformen Haushalt zurückzukehren. Die weitere Entwicklung der Einnahmeseite hänge entscheidend von bundespolitischen Weichenstellungen auf den Gebieten Arbeitsmarktpolitik, Reform der gesetzlichen Sozialsysteme und Unternehmensteuerreform ab. Auf der Ausgabeseite müsse man bei Personalausgaben und freiwilligen Leistungen weitere Einschnitte vornehmen und Kosten verursachende Maßnahmen des Bundes und der Europäischen Union zurückzufahren versuchen. Grundsätzlich gelte, dass neue Aufgaben nur bei gleichzeitigem Verzicht auf Leistungen an anderer Stelle in gleicher Höhe finanziert werden könnten; das gelte auch für die finanzielle Hilfestellung infolge der aktuellen Sturmschäden.

Abg. Sauter wundert sich angesichts der konjunkturellen Lage über die Entwicklung der Lohnsteuer und Mehrwertsteuer.

M Wiegard sagt zu, den Finanzausschuss über das Ergebnis des Gesprächs mit dem Institut für Weltwirtschaft zur Entwicklung der Umsatzsteuer zu unterrichten.

Auch P Dr. Altmann begrüßt, dass die Steuereinnahmen im Jahr 2006 gegenüber der Planung gestiegen und die Neuverschuldung erheblich zurückgegangen sei. Da die in der Verfassung vorgesehene Verschuldungsgrenze allerdings noch um das Doppelte überschritten werde, blieben Parlament und Regierung aufgefordert, den Weg der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung weiter zu gehen. Notwendig seien strukturelle Reformen und die Umsetzung des Personaleinsparkonzepts der Landesregierung. Zusätzliche Steuereinnahmen sollten ausschließlich zur Reduzierung der Neuverschuldung verwendet und das Ziel der Halbierung der Neuverschuldung so früh wie möglich erreicht werden. Abschließend lobt er die Entscheidung des Finanzministers, erstmalig nicht benötigte Kreditermächtigungen nicht zu übertragen.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht des Finanzministers zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/775

(überwiesen am 1. Juni 2006 an den Innen- und Rechtsausschuss und den
Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Nach dem Hinweis des Vorsitzenden, dass der Bericht während der Beratungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 intensiv beraten worden ist, nimmt der Finanzausschuss den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/775 ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/935

(überwiesen am 15. September 2006 an den Finanzausschuss, den
Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Umdrucke 16/1203, 16/1386, 16/1537, 16/1613, 16/1623, 16/1630, 16/1631,
16/1688, 16/1700, 16/1704

Der Finanzausschuss bittet den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages um eine synoptische Auswertung und rechtliche Bewertung der in den aufgeführten Umdrucken geäußerten Auffassungen und Änderungsvorschlägen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Öffentliche Äußerungen über Nachforderungen der NOB auf der
Bahnstrecke Hamburg-Westerland**

Auf Vorschlag von Abg. Schulze kommt der Finanzausschuss überein, die NOB und die LVS um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Das Thema soll in der Finanzausschusssitzung am 15. Februar 2007 beraten werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

Umdruck 16/1473 - IT-Gesamtplan 2007

Umdruck 16/1474 - Friesisch

Umdruck 16/1475 - Umzug der obersten Landesbehörden

Umdruck 16/1476 - Betriebsüberwachung durch die GMSH

Umdruck 16/1477 - Förderrichtlinien Binnenfischerei und Aquakultur

Umdruck 16/1576 - Kaufmännische doppelte Buchführung

Umdruck 16/1590 - Gutachterkosten für das UK S-H

Umdruck 16/1591 - Haushaltsführungserlass

Umdruck 16/1592 - Fluglinie Kiel-München

Umdruck 16/1593 - Murmann School

Umdruck 16/1594 - Energieverbrauch der Universitätsbibliothek Kiel

Umdruck 16/1663 - Zentraler OP-Bereich auf dem Campus Kiel des UK S-H

Umdruck 16/1664 - Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung

Umdruck 16/1665 - Förderung der Weiterbildungsverbände

Der Ausschuss nimmt die o. a. Vorlagen zur Kenntnis.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zu Umdruck 16/1473 - **IT-Gesamtplan 2007** - erwidert Herr Schiedemann, der wissenschaftliche Bereich sei vom Zwang der zentralen IT-Beschaffung ausgenommen.

P Dr. Altmann mahnt eine tatsächliche Umsetzung der zentralen IT-Beschaffung in allen Bereichen der Verwaltung, auch in der Hochschulverwaltung, an.

Der Vorsitzende möchte von der Landesregierung wissen, in welchem Umfang in den Ressorts aufgrund des zentralen IT-Managements Personal eingespart worden sei.

Bei Umdruck 16/1475 - **Umzug der obersten Landesbehörden** - möchte Abg. Heinold vom Finanzministerium wissen, wie sich die genannten Personalkosteneinsparungen in Höhe von jährlich 400.000 € im Haushalt niederschlugen.

St Dr. Wulff sagt eine schriftliche Beantwortung zu. In der Wirtschaftlichkeitsberechnung gehe man von einer Einsparung von insgesamt zehn Stellen infolge der Umzugsmaßnahmen aus, die sich ab dem Haushaltsjahr 2009 positiv auf den Landeshaushalt auswirkten.

Zu Umdruck 16/1477 - Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der **Binnenfischerei und Aquakultur** in Schleswig-Holstein - beschließt der Finanzausschuss, den Umwelt- und Agrarausschuss um eine Stellungnahme zu bitten.

Zum Thema **Reform des staatlichen Haushalts- und Rechnungswesens** - Vorlage des Landesrechnungshofs, Umdruck 16/1576 - vereinbaren Finanzausschuss, Finanzministerium und Rechnungshof, im Laufe des zweiten Quartals eine vertiefende Diskussion im Finanzausschuss zu führen.

Bei Umdruck 16/1590 - Gutachtenkosten für das **Universitätsklinikum Schleswig-Holstein** - bekräftigt der Finanzausschuss auf Anregung von Abg. Heinold seine Erwartung, dass zeitnah zur Befassung des Kabinetts mit der Zukunft des UK S-H der Unterausschuss für Unternehmensbeteiligungen des Landes über die Zahlen und Auswirkungen einer Rechtsformänderung informiert wird.

Bei Umdruck 16/1591 - Haushaltsführungserlass 2007 - bittet der Finanzausschuss den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages, ihm einen Formulierungsvorschlag zur Konkretisierung des Parlamentsinformationsgesetzes dahin gehend zu unterbreiten, dass der Finanzausschuss wie bisher von der Landesregierung über finanzrelevante Angelegenheiten informiert wird. Insbesondere ist sicherzustellen, dass die Landesregierung den Finanzausschuss vor dem Abschluss neuer Vereinbarungen des Landes an internationalen, bundesweiten oder länderübergreifenden Einrichtungen, Programmen und Abkommen informiert.

Fragen des Vorsitzenden und von Abg. Kubicki zum **Flughafen Kiel-Holtenau** - Umdruck 16/1592 - beantwortet St Dr. Wulff dahin, der Betriebsmittelzuschuss des Landes an die KFG werde leicht reduziert, weil Personal und Infrastruktur des Flughafens nach der Entscheidung der Landesregierung zurückgefahren würden.

Abg. Arp macht darauf aufmerksam, dass 120 Arbeitsplätze am Flughafen Kiel-Holtenau hingen.

Abg. Kubicki warnt die Landesregierung davor, Fluglinien zu subventionieren, weil eine Wirtschaftlichkeit erfahrungsgemäß nicht gegeben sei.

Der Vorsitzende erinnert in diesem Zusammenhang an die Aussage von Wirtschaftsminister Austermann, weitere Fluglinien nicht zu subventionieren.

Der Finanzausschuss vereinbart, den Punkt „Zukunft des Flughafens Kiel-Holtenau“ in der nächsten Finanzausschusssitzung, am 1. Februar 2007, mit dem Wirtschaftsminister zu erörtern. Danach soll über den Vorschlag des Vorsitzenden befunden werden, die Landesregierung aufzufordern, keine Zusagen ohne vorherige Zustimmung des Finanzausschusses zu machen, die den Landeshaushalt belasten.

Bei Umdruck 16/1593 - **Murmann School of Global Management and Economics** - äußert sich der Finanzausschuss befremdet darüber, dass die Murmann School entgegen der Aussage des Wissenschaftsministeriums wesentlich aus Mitteln des Landes finanziert werde, und kommt überein, auch dieses Thema in der nächsten Ausschusssitzung mit Minister Austermann zu besprechen.

Auf eine Frage von Abg. Heinold zu Umdruck 16/1665 - Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der **Weiterbildungsinfrastruktur** in Schleswig-Holstein - teilt RL Höck mit, die Richtlinie solle bis 2008 verlängert werden.

Zu Umdruck 16/1663 - Neubau eines zentralen OP-Bereiches mit einer Bettenstation am **Universitätsklinikum Schleswig-Holstein** Campus Kiel, Erweiterung des physischen Bauumfangs um drei zusätzliche Bettenstationen im Zusammenhang mit dem baulichen Masterplan - bemerkt Abg. Kubicki, er bezweifle die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme.

Auf Fragen aus dem Ausschuss weist St Dr. Wulf darauf hin, dass die Baumaßnahme der räumlichen Zentralisierung und der Prozessoptimierung am Standort Kiel diene, die Bettenzahl reduziert und die Operationsmöglichkeiten gebündelt werden sollten.

Nach den Worten von Herrn Imenkamp ist die Schaffung eines Zentralklinikums vor dem Hintergrund der bevorstehenden Außerbetriebnahme einzelner stark sanierungsbedürftiger Kliniken wirtschaftlich. Die Aufstockung des Neubaus sei in der ursprünglichen Planung als Option enthalten gewesen.

Abg. Sauter macht darauf aufmerksam, dass sich das Betriebsergebnis des UK S-H ohne die in Rede stehende Investition weiter verschlechtern werde.

Abg. Heinold erwartet, dass die Baumaßnahme in den Zusammenhang einer Gesamtkonzeption und der Entscheidung zur Zukunft des UK S-H gestellt werde.

Der Finanzausschuss fasst ins Auge, sich in absehbarer Zeit mit der Umsetzung des Masterplans und der Errichtung des Protonentherapiezentrum näher zu befassen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Eine Frage des Vorsitzenden zur Etatisierung des Preisgeldes des vom Wirtschaftsminister ausgelobten Wirtschaftspreises Schleswig-Holstein beantwortet RL Höck dahin, der **Wirtschaftspreis** sei Teil der im Schleswig-Holstein-Fonds verankerten Mittelstandsoffensive.

Der Vorsitzende bittet den Landesrechnungshof um eine haushaltsrechtliche Stellungnahme zu dem Vorgehen des Wirtschaftsministers und kündigt an, die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, am 1. Februar 2007, zu setzen.

- b) Auf Vorschlag des Vorsitzenden verabredet der Finanzausschuss, im Frühjahr 2007 dem **Bildungszentrum Steuerverwaltung** in Malente-Krummsee gemeinsam mit der Steuerwerkschaft einen Besuch abzustatten und sich vor Ort über die Fort- und Ausbildung der Steuerverwaltung zu informieren.
- c) Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Erhebung der **Kfz-Steuer** sagt St Dr. Wulff zu, den Finanzausschuss über das Verhandlungsergebnis mit den Kommunen zu unterrichten.
- d) Der Finanzausschuss fasst ins Auge, gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss in absehbarer Zeit ein Gespräch mit der **AKN** zu führen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht des Innenministeriums zur Einführung des Digitalfunks

Vertraulicher Umdruck 16/1684

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 LV i.V.m. § 17 GeschO)

St Lorenz trägt den Sachstandsbericht zur Einführung des Digitalfunks, vertraulicher Umdruck 16/1684, vor.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer